

Literatur-Rundschau

Russell Shaw: *Nothing to Hide. Secrecy, Communication, and Communion in the Catholic Church*. San Francisco: Ignatius Press 2008, 160 Seiten, 10,99 Euro.

Das Motto, das über der Einleitung steht, zielt präzise auf die Grundaussage des Buches: „Wir können nicht mit dem Herrn kommunizieren, wenn wir nicht untereinander kommunizieren.“ Die Aussage stammt von Kardinal Ratzinger. Dem Autor Russell Shaw, lange Jahre Direktor des Informationsbüros der US-Bischöfskonferenz, geht es um mehr als nur um die Folgen falscher Geheimhaltung gegenüber den Medien, die letztlich zu einem falschen Bild über die Kirche führen. Er weist nach, dass dies auch der Kirche als *Communio* der Gläubigen schadet.

Der Verfasser geht vom Buch- und Filmerfolg des *Da Vinci-Codes* (über einen angeblichen, von der Kirche verschwiegenen Sohn Jesu Christi) aus, der die „New York Times“ feststellen ließ, dass „die katholische Kirche eine Menge von Dingen verheimlicht hat“. Zum endgültigen Verlust jeglicher Glaubwürdigkeit der Kirche habe dann die Aufdeckung der klerikalen Sexvergehen an jungen Menschen geführt. Gleich zu Beginn räumt Shaw mit der oft gehörten Rechtfertigung von Geheimhaltung auf, dass die Kirche keine Demokratie sei. Genau umgekehrt müsse argumentiert werden: Weil sie keine Demokratie, sondern eine Gemeinschaft von Glaubenden ist, sind Offenheit und Verlässlichkeit noch unerlässlicher.

Als Hauptgründe für die nicht nur in der amerikanischen Kirche, sondern ebenso im Vatikan wie in Ordensgemeinschaften und in Pfarrgemeinden vorherrschende Geheimhaltung nennt Shaw die „klerikale Kultur“ in der Kirche und die Bestrebungen, alle Skandale zu vertuschen, um das Ansehen der Kirche nicht zu beschädigen. Gerade letzteres schade jedoch dem Ansehen umso mehr, denn heute sei nichts mehr geheim zu halten. Und das Sich-erhaben-Fühlen von Bischöfen und Priestern ist sogar im ersten Bericht der Kommission zur Aufdeckung der Sexskandale als wesentlicher Grund für die Vertuschung bestätigt worden. Geheimhaltung, so der Autor, sofern sie nicht vertrauliche, die Persönlichkeit schützende Dinge betrifft, verstoße gegen das Prinzip der Transparenz, für das sich Johannes Paul II. so sehr eingesetzt habe, und führe zum Verlust von Glaubwürdigkeit und Verantwortlichkeit, sie verführe zur Manipulation und Kontrolle, zur Entfremdung zwischen Hierarchie und Laien und rufe Missverständnisse, Ärger und schließlich Aufstand hervor.

Nach einem Rückblick auf die negative Haltung der Kirche gegenüber Presse- und Meinungsfreiheit vor allem seit dem 19. Jahrhundert zitiert der Verfasser als ersten Wendepunkt die bekannte Äußerung von Papst Pius XII. gegenüber katholischen Journalisten vom 17. Februar 1950, wonach „im Leben der Kirche etwas fehlt, wenn es in ihr keine öffentliche Meinung gibt“.

Bevor Shaw auf die vom Zweiten Vatikanum eingeleitete endgültige Umkehr zum neuen Verständnis der Rolle der sozialen Kommunikationsmittel mit der Pastoralkonstitution „*Communio et progressio*“ eingeht, führt er zwei Konzilsdokumente als grundlegende Neuorientierung an: „*Gaudium et spes*“ mit der Erklärung der Selbstständigkeit weltlicher Belange und „*Lumen gentium*“ mit der neuen Sicht der Kirche als Gemeinschaft der gleichen Berufung aller Getauften, die „zur Verwirklichung Offenheit und Verlässlichkeit voraussetzt“. Als ebenso neu und wichtig bezeichnet er die Enzyklika „*Ecclesia Suam*“ von 1964, in der Paul VI. den Begriff des Dialogs einführte: des Dialogs mit Gott, mit der Welt, mit anderen Religionsgemeinschaften und innerhalb der Kirche.

Auf dieser theologischen Basis wendet Shaw sich den „Media matters“ zu und schildert seine Erfahrungen als Direktor der US-Bischofskonferenz. Diese habe nach mehrmaligen gescheiterten Versuchen 1971 beschlossen, den größten Teil ihrer halbjährlichen Vollversammlungen für Medienvertreter zu öffnen. Dazu habe die im gleichen Jahr veröffentlichte Pastoralinstruktion wesentlich beigetragen. Der Autor beurteilt diese Öffnung als „gut für die Medienberichterstattung und für die Kirche“. Die Reporter hätten jetzt nicht mehr kiebitzen müssen, sondern authentisch berichten können (wobei für viele bald die langen Routinesitzungen enttäuschend gewesen wären). Die Bischöfe gewannen an Glaubwürdigkeit und Selbstbewusstsein als Bischofskonferenz. Während 1972 an der ersten offenen Bischofskonferenz 75 Vertreter kirchlicher und weltlicher Medien teilnahmen, wurde der Höhepunkt 2002 mit über

700 Medienvertretern erreicht, als es um den Pädophilie-Skandal ging.

Doch um diese Zeit hatte schon – so Shaw – „ein langsames Schließen der Türen“ begonnen, das sich danach noch beschleunigte: 2005 seien 60 Prozent der Sitzungsperiode wieder für die Medien verschlossen gewesen. Als Gründe wurden genannt: Der Vatikan sehe es nicht gerne, wenn seine Anordnungen öffentlich diskutiert werden, die Bischöfe sprächen offener miteinander, wenn sie unter sich seien, immer mehr heikle Themen müssten von Ausschüssen behandelt werden. Der ehemalige Informationsdirektor fragt dazu, was wichtiger sei: dass die Bischöfe Dinge nur noch unter sich beraten oder offen gegenüber dem Kirchenvolk bleiben? Transparenz verlange heute auch von Kirchenführern, öffentlich Stellung zu beziehen und die daraus erwachsene scharfe Kritik öffentlich zu ertragen.

Im folgenden Kapitel werden weitere Beispiele dafür angeführt, wie schädlich es ist, wenn die innerkirchliche Kommunikation fehlt, wenn weiterhin abgeblockt, getäuscht oder schöngeredet wird. So verweigerten einige Bistümer immer noch die Offenlegung ihrer Finanzsituation, obwohl die Folgen der freiwilligen oder gesetzlich erzwungenen finanziellen Zahlungen zur Wiedergutmachung an die Pädophilie-Opfer alle Gläubigen betrifft.

Besonders hart geht Shaw mit Kollegen der Kirchenpresse um, dem originären Transportmittel innerkirchlicher Kommunikation. Die Zahlen über Titel und Auflagen seien zwar imposant, „doch sie täuschen“. Den Kriterien von „*Communio et progressio*“ entsprächen nur wenige, meist private Magazine, die zudem geringe Auflagen haben. „Die

meisten Bistumszeitungen geben einfach Meinungen keinen Platz, die mit der diözesanen Politik in wichtigen Sachen nicht übereinstimmen (Ausnahmen sind Nachrichten und Kommentare, die angeblich falsche Meinungen zurückweisen und vor ihnen warnen).“ Den Vorwurf, „Schoßhunde der Bischöfe“ zu sein, könne man nicht mit der Bemerkung zurückweisen, die Leser nicht beunruhigen zu wollen. Tatsache bleibe, dass diese Bistumsblätter nicht die öffentliche Meinungsbildung in der Kirche förderten.

Nach vertiefenden und auf weitere Bereiche ausgedehnten Reflexionen über die theologischen Gründe für Offenheit und Verlässlichkeit in der Kirche und der Feststellung, dass die Rolle der Presse- und Meinungsfreiheit in der Kirche trotz zahlreicher päpstlicher Aussagen und neuerer Dokumente des Päpstlichen Rates für soziale Kommunikation immer noch nicht hinreichend erkannt und beachtet wird, formuliert Shaw im Schlusskapitel unter der Überschrift: „What We Need to Do Now“ zehn Punkte vordringlichen Handelns, und zwar generell in der Kirche und speziell im Medienbereich. Dazu zählt er eine „allgemeine Offenheit“ in der Führung von Bistümern, Orden und Pfarreien, eine Teilung der Verantwortung in den pastoralen und finanziellen Räten auf Bistums- und Gemeinde-Ebene, qualifizierte Beratergremien auch für Bischofswahlen und Bestellung von Pfarrern. Und im Medienbereich ruft er dazu auf, die Bischofskonferenzen wieder weiter zu öffnen, der Kirchenpresse die Freiheit zu geben, statt Hausorgane zur Meinungsbildung beitragen zu können und das Internet für eine Zwei-Wege-Kommunikation zu nutzen.

Das Buch ist von einem engagierten, theologisch bewanderten und kirchenpublizistisch erfahrenen katholischen Autor geschrieben, der besorgt ist um die Verwirklichung der Kirche als *Communio* der Gläubigen, der weiß, dass jede Art von Verheimlichung der Gemeinschaft der Glaubenden schadet und deshalb Transparenz und Offenheit gefordert sind, vor allem gegenüber und in den Medien. In der Einleitung schreibt Shaw, dass er als Amerikaner nur die Situation in den USA beschreiben könne, doch die Grundzüge seiner Untersuchung treffen auch auf europäische Teilkirchen zu. Das lebendig geschriebene Plädoyer für eine Kirche, die „nichts zu verbergen hat“, richtet sich über den Kreis der kirchlichen Publizisten hinaus an alle Verantwortungssträger in der Kirche, sodass es wünschenswert erscheinen könnte, das Buch auch ins Deutsche zu übersetzen.

Ferdinand Oertel, Aachen

René Schlott: Die Friedensnote Papst Benedikts XV. vom 1. August 1917. Eine Untersuchung zur Berichterstattung in der zeitgenössischen Berliner Tagespresse. Hamburg: Verlag Dr. Kovac 2007 (= Studien zur Zeitgeschichte, Band 57), 128 Seiten, 48,00 Euro.

René Schlott geht, wie es nahe liegt, von der Überraschung aus, welche die Namensfindung Joseph Ratzingers nach seiner Wahl zum Papst im April 2005 ausgelöst hat: Benedikt XVI. Denn die Namen der Päpste sind – ich vermute seit oder nach Pius IX. – zu einem Werkzeug der symbolischen Kommunikation und damit auch Politik geworden. Anknüpfung an Person und Programm des Vorgängers ist der einfachste, aber durchaus bedeutungs-

trächtige Weg, der dabei begangen werden kann. Anders im jüngsten Fall: Benedikt XV., Papst von 1914 bis 1922, also über den Ersten Weltkrieg hinweg, ist der Allgemeinheit, wenn überhaupt, durch eine politische Tat in Erinnerung: Am 1. August 1917 ließ er den kriegführenden Mächten eine Note zukommen, die als Friedensbotschaft in die Geschichte eingegangen ist. Dankenswerterweise ist sie bei Schlott im Wortlaut dokumentiert (S. 95-99); sie hat es in sich.

Im Unterschied zu Papstbotschaften, die, wenn sie ins Politische ausgreifen, gern bei allgemeinen und diplomatischen Formulierungen bleiben, hat der damalige Benedikt, „um Uns aber nicht mehr auf allgemeine Ausdrücke zu beschränken“ (!), Tacheles geschrieben: Deutschland soll Belgien räumen und seine Existenz garantieren; ebenso soll es sich aus den besetzten französischen Gebieten zurückziehen. Die gegnerische Allianz soll die deutschen Kolonien wieder herausgeben. Ferner sollen sich Österreich und Italien sowie Deutschland und Frankreich über strittige territoriale Fragen einigen und dabei in Rechnung stellen, dass die mit dem Kriegsende verbundene Abrüstung „unermessliche Vorteile“ bringen werde. Das ist Klartext. Genutzt hat er nichts, wie wir wissen. Aber für einen Papst, der hier anknüpfen will, legt er die Latte hoch.

Schlott belegt das öffentliche Echo auf Ratzingers Versuch mit Stimmen aus der „FAZ“, der „Welt“, dem „Rheinischen Merkur“ und der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“. Er arbeitet den geschichtswissenschaftlichen Forschungsstand zur „Friedensnote“ sorgfältig auf und legt in der Meinung, hier gebe es eine Forschungs-

lücke, sein Programm vor: Im Unterschied zur Politik- und Diplomatiegeschichte, die aus den Akten geschöpft habe, wolle er, und zwar auf der Quellenbasis Tageszeitungen, „erstmalig die Beurteilung der Note in der öffentlichen Meinung des Kaiserreiches [...] eruieren“. Zu diesem Zweck trifft er eine methodologische Festlegung, die nicht den Beifall der zeitgenössischen Kommunikationshistoriker (im Sinne ihres State-of-the-Art-Denkens) finden kann: Als „öffentliche Meinung“ soll für sein Vorhaben gelten die „Summe aller in den untersuchten Zeitungen veröffentlichten Meinungen“. Damit fällt er weit hinter Noelle-Neumann, deren „Schweigespirale“ er durchaus kennt, und selbst hinter Walter Lippmann zurück. Zugute halten kann man ihm arbeitsökonomische Überlegungen, und zu seinen Resultaten kann man sagen: Besser als nichts. Eine Diskursanalyse, wenn eine solche denn gelänge, wäre sinnvoller gewesen.

Schlott untersucht sieben Berliner Zeitungen in der Zeitspanne vom 15. August bis Ende September 1917: „Tägliche Rundschau“ (bürgerlich-konservativ), „Neue Preussische Zeitung“ (altkonservativ), „Germania“ (katholisch, Berliner Observanz), „Vossische Zeitung“ und „Berliner Tageblatt“ (beide liberal), „Vorwärts“ (sozialdemokratisch) sowie „B.Z. am Mittag“ (Boulevardblatt). Was herauskommt, ist nicht – im Unterschied zu Schlotts auf S. 18f. dokumentierter Absicht – eine „qualitative Inhaltsanalyse“, sondern das, was wir früher eine „Spiegel-Studie“ nannten (Beispiel: Die Öffentliche Meinung am Tegernsee im Spiegel des „Miesbacher Anzeigers“).

Im Epilog geht Schlott nochmals auf den derzeitigen Papst ein, der

am 1. Januar 2006 sein Ziel „überzeugter Einsatz für den Frieden“ auf den Spuren Benedikts XV. bekräftigt hat. Was dieser nach dem Scheitern seiner Friedensoffensive schrieb (Weihnachtsansprache 1917), will noch eingelöst werden: Die Note könne man vielleicht mit einem Getreidekorn vergleichen, „von dem unser göttlicher Meister lehrte, dass es nicht auf die Erde fällt und stirbt“.

Michael Schmolke, Salzburg

Anne Kathrin Quaas: Evangelische Filmpublizistik 1948–1968. Beispiel für das kulturpolitische Engagement der evangelischen Kirche in der Nachkriegszeit. Erlangen: Verlag Christliche Publizistik 2007 (= Studien zur Christlichen Publizistik, Band 14), 569 Seiten, 25,00 Euro.

Die konfessionelle Filmarbeit wird gemeinhin als eines der auch über den kirchlichen Kommunikationsraum hinaus sichtbarsten Engagements der Kirchen in der modernen Gesellschaft wahrgenommen. Nachdem die katholische Filmarbeit bereits 2006 in Christian Kuchlers historischer Regionalstudie über die katholische Filmarbeit in Bayern untersucht wurde, widmet sich nun die Theologin Anne Kathrin Quaas in ihrer an der Kirchlichen Hochschule Wuppertal/Bethel eingereichten Dissertation der evangelischen Filmpublizistik. Auf der Grundlage einer vergleichenden Analyse der zwei bedeutendsten Periodika evangelischer Filmarbeit, dem „Evangelischen Filmbeobachter“ und der Zeitschrift „Kirche und Film“, fragt die Autorin nach dem Wandel im Verhältnis von Religion und Kultur in den ersten beiden Jahrzehnten der Bundesrepublik,

der sich, so die Autorin in ihrer Einleitung, auf keinem anderen Gebiet so deutlich ablesen lasse wie auf dem Gebiet der Filmarbeit. Dabei nimmt sie neben der Aufarbeitung des organisationsgeschichtlichen Rahmens der beiden Zeitschriften auch deren Inhalte in den Blick: In der exemplarischen Analyse einzelner Beiträge diskutiert sie einerseits die kirchliche Sichtweise zum Film und der in ihm dargestellten Welt. Andererseits gelingt es ihr zu zeigen, wie sich innerhalb der konfessionellen Filmpublizistik das Verständnis von kirchlichem Wirken in der Welt im Laufe von zwei Jahrzehnten veränderte.

In ihren Ausführungen über die Organisationsgeschichte der evangelischen Filmarbeit im Allgemeinen und der Filmpublizistik im Besonderen greift die Autorin sowohl auf eine beeindruckende Zahl von Archivmaterialien als auch auf einzelne grundlegende Aufsätze über das Wesen evangelischer Filmarbeit in den beiden untersuchten Zeitschriften zurück. Die Analyse zeigt, dass sich die Redaktion des „Evangelischen Filmbeobachters“ seit dessen Gründung 1948 den Aufgaben des kirchlichen Wächters und Erziehers verpflichtet fühlte und vornehmlich Pfarrern und Jugendlichen aktuelle Filme vorstellte und gegebenenfalls vor ihnen warnte. Die ebenfalls 1948 gegründete Zeitschrift „Kirche und Film“ diente hingegen als eine „dialogische Plattform zwischen den Größen ‚Kirche‘ und ‚Film‘“ (S.155). Hier wurden allgemeine Entwicklungen der Filmlandschaft vorgestellt und kommentiert.

Bereits Mitte der fünfziger Jahre lässt sich eine Professionalisierung in den redaktionellen Abläufen von „Kirche und Film“ erkennen: So konnte die Redaktion versierte Au-

toren gewinnen, die sich nicht in der Kirche, sondern in der Filmwirtschaft einen Namen gemacht hatten. Durch fundierte Berichte und eine breite Meinungsvielfalt konnte „Kirche und Film“ zunehmend ein Fachpublikum aus Multiplikatoren in Printmedien und Rundfunkanstalten für sich gewinnen.

In der unterschiedlichen Ausrichtung der beiden Periodika entdeckt die Autorin den entscheidenden Grund, warum es „Kirche und Film“ auch während der Krise der deutschen Filmbranche in den sechziger Jahren gelang, einen festen Leserstamm an sich zu binden, der „Evangelische Filmbeobachter“ aber kontinuierlich an Lesern verlor und so 1971 schließlich eingestellt wurde. Während sich „Kirche und Film“ als gerade außerhalb der Kirchen geachtete Plattform für Diskussionen etwa über die Reformbestrebungen des Jungen Deutschen Films oder die Debatte über ein neues Filmförderungsgesetz etablierte, blieb der „Evangelische Filmbeobachter“ in den engen Grenzen der Kirchen verhaftet und verlor auch dort parallel zur Krise des Kinos zunehmend an Interesse und Ansehen. Das von den Autoren des „Evangelischen Filmbeobachters“ verfolgte Leitbild des Mahners wurde nicht nur in der sich liberalisierenden Gesellschaft der sechziger Jahre als obsolet angesehen, auch innerhalb der Kirchen verlor diese Idee an Überzeugungskraft. Auch eine grundlegende Reform der Zeitschrift 1964/65 konnte nicht verhindern, dass die Arbeit „von einer zunehmenden Unsicherheit und Orientierungslosigkeit geprägt wurde“ (S. 175).

Auf der Grundlage ihrer ausführlichen Quellenauswertung zeigt Quaas, dass die gesamte Evangelische Filmpublizistik in den späten

fünfziger Jahren von einer zunehmenden Spannung zwischen Beharren und Reform erfasst wurde. Parallel zur Situation der Kirchen insgesamt kam es auch hier zu teils harsch geführten Diskussionen über die adäquate Reaktion auf den gesellschaftlichen Wertewandel, der sich nicht zuletzt auf der Kinoleinwand zeigte. Somit können die Befunde von Quaas über die Evangelische Filmpublizistik die Thesen des Theologen Wolf-Dieter Hauschild stützen: Er beschrieb die sechziger und siebziger Jahre als „Übergangs- und Inkubationszeit“ des deutschen Protestantismus, in der sich eine zunehmende Pluralisierung evangelischer Positionen vollzog, weniger aber eine grundlegende Festlegung auf eine bestimmte Positionierung zu der sich wandelnden Gesellschaft.

Dies offenbart sich in der evangelischen Filmpublizistik etwa in den unterschiedlichen Reaktionen auf diverse Filme der sechziger Jahre, die Quaas in den Kapiteln über die Partizipation der Kirchen am filmkulturellen Diskurs der Nachkriegszeit diskutiert. So verdeutlicht z. B. die Debatte über Ingmar Bergmanns Film „Das Schweigen“ 1963/64 die tiefen Gräben zwischen Evangelischer Filmarbeit, Vertretern der Amtskirchen und den Gemeinden. Als führende Vertreter der evangelischen Filmarbeit religiöse Deutungsangebote als Grundlage für eine Diskussion über Bergmanns Werk vorschlugen und eben nicht dessen sittlichen Tabubruch in das Zentrum der Auseinandersetzung rückten, stießen sie bei Teilen der Amtskirchen und vor allem an der Basis auf Unverständnis und teils scharfe Zurückweisung.

Hierin sieht Quaas ein weiteres Anzeichen für die zunehmende Pro-

fessionalisierung der evangelischen Filmarbeit, die nicht mehr moralische Prämissen zur Grundlage für die Auseinandersetzung mit dem Medium Film postulierte, sondern den Film als Kunstform ernst nahm und sich auf die von ihm vorgegebene Thematik und Ästhetik einließ. Die Diskussion über Bergmanns Film zeigt andererseits eine Pluralisierung der Maximen in der Positionsbestimmung des Protestantismus zur modernen Gesellschaft. Während Teile des deutschen Protestantismus den Dialog mit der säkularen Welt einforderten, beharrten Konservative auf die Anfang der fünfziger Jahre dominierende Position der Abgrenzung zu den als sündhaft wahrgenommenen Auswüchsen der modernen Gesellschaft.

Benjamin Städter, Bochum

Thomas Steinmann: Die Rolle der Presse im Reformprozess. Eine Analyse zur Agenda 2010. Saarbrücken: VDM Verlag Dr. Müller 2007, 165 Seiten, 49,00 Euro.

Reform als Kommunikationsprozess; oder: wie lernen Gesellschaften? Das sind „große“ Fragen, deren wissenschaftliche Bearbeitung die Gesellschaft eigentlich erwarten dürfte. Da die essenzielle Rolle der Medien in solchen Prozessen unstrittig ist, sollten das auch Themen gerade der Kommunikationswissenschaft sein. Wer in der Literatur danach sucht, wird eher enttäuscht; solche Makrofragen sind derzeit nicht wirklich prominent. Dass sich ein studentischer Forscher in seiner Abschlussarbeit an eine solche Thematik wagt, verrät gewiss auch Mut, aber vor allem hellsichtiges Problembewusstsein. So schreibt

Thomas Steinmann, Absolvent der Eichstätt Journalistik und jetzt Redakteur bei der „Financial Times Deutschland“, in seinem Vorwort nach dem Regierungswechsel, also im Rückblick auf die strittig gewordene Umsetzung der Agenda 2010 wohl zurecht, dass Versäumnisse der Politiker wie der Journalisten „mitverantwortlich waren für die großen Reserven gegen Reformpolitik in der Bevölkerung“.

Die Ergebnisse seiner inhaltsanalytischen Studie zur Berichterstattung der deutschen Presse über diese Sozialreformen sind insofern nichts weniger als ein Wegweiser, wie solche Fehler bei auch künftig regelmäßig anstehender Reformpolitik möglicherweise vermieden werden könnten. Über den gängigen wissenschaftlichen Diskussionsstand, den der Autor umfassend rezipiert hat, geht er dabei konstruktiv und Erkenntnis bringend hinaus, indem er sich systematisch auf die Rolle der „Massenmedien in sozialpolitischen Reformprozessen“ fokussiert: Sie sind „Motor und Bremse“ (Kapitel 4). Dabei lassen sich deutlich Thematisierungs-, Erklär- und Transportfunktionen differenzieren. An die Stelle der im Routinebetrieb üblichen und dutzende Male beschriebenen Interdependenzen von Politik und Medien treten in dieser Situation schnell die strukturellen Antagonismen zwischen diesen Bereichen auf, und es entwickeln sich große Konfliktpotenziale. Ihre Ursache: „der Widerspruch zwischen (langer) politischer und (kurzer) medialer Prozesszeit“ (S. 40).

Dieser für umfassende, verdichtete Reformprozesse politisch geradezu verhängnisvollen Medienlogik kommt Steinmann beweiskräftig auf die Spur, da er eine Langzeitstudie durchgeführt hat, in die fast

1500 darstellende und kommentierende Artikel aus den Politik- und Wirtschaftsteilen von fünf Tageszeitungen, zwei Wochenzeitungen und zwei Nachrichtenmagazinen für den Zeitraum vom 14.3.2003 bis zum 31.10.2004 eingingen.

Die Ergebnisse dieser Studie sind bei allen im einzelnen notwendigen Differenzierungen glasklar und müssen dem politisch-administrativen System die bittere Erkenntnis vermitteln, dass der Journalismus bei jeglicher Reformpolitik ein „unsicherer Kantonist“ ist (S. 110). Die Ursachen dafür sind – neben dem erwähnten strukturellen Antagonismus – mannigfaltig: mangelnde Urteilkonsistenz, Populismus, Falsch- und Desinformation „wider besseres Wissen oder aus eklatanter Unkenntnis über die wahren Sachverhalte“ (S. 53), einen Schlingerkurs selbst in seriösesten Blättern wie der „FAZ“ und – offensichtlich nach dem Erschrecken über die Wirkungen dieses Versagens – eine „verspätete verantwortungsvolle Wahrnehmung ihres Informationsauftrages“ wenigstens in einigen der Blätter (S. 58). Keine Frage dabei ist auch nach Meinung des Autors, dass die Politik sich dramatische kommunikative Versäumnisse leistete. So bleibt am Ende die Frage, wie Journalismus und Politik sich ihrerseits beide reformieren müssen, um künftig verdichteten Reformprozessen gerecht zu werden.

Thomas Steinmann hat eine verdienstermaßen zu Buchwürden gekommene Diplomarbeit vorgelegt. Sie ist dazu hin noch so gut geschrieben, dass man leicht geneigt ist, die Ansprüche daran noch höher zu schrauben. Bedauerlich vor allem, dass er die Chancen einer historisch weiter zurück blickenden Sicht nicht genutzt hat. So ist ihm

das vielfältige Material zu einem der epochalen Beispiele deutscher Reformpolitik, der Neuen Ostpolitik, verborgen geblieben. Mit der Wahrnehmung etwa der Bücher von Gerhard W. Wittkämper et al. aus den achtziger Jahren wäre eine höchst erkenntnisträchtige Kontextualisierung seines großen Themas möglich gewesen.

Wolfgang R. Langenbacher,
Wien/München

Hans-Peter Schwarz: Axel Springer. Die Biografie. Berlin: Propyläen Verlag 2008, 734 Seiten, 26,00 Euro.

Mit Robespierre und Knigge fing alles an. Die Werke dieser beiden Autoren veröffentlichte der Verlag Hammerich & Lesser (seit 1794). 115 Jahre später erwarb Hinrich Springer den Verlag und legte so den Grundstein für den Aufstieg seines Sohnes zum Schöpfer des „größten Zeitungshauses Europas“ (S. 89). Hans-Peter Schwarz beschreibt das Leben Axel Springers (1912–1985), wie man es von einem Historiker erwartet: nüchtern-distanziert. Vom steilen Aufstieg des Inflationsgewinners Hinrich Springer in Altona hin zur Emanzipation des Sohnes vom Elternhaus nach Hamburg, wo er als „Genie im Einholen von amtlichen Bescheinigungen“ (S. 99) schnell die Erlaubnis und Unterstützung für die Grundsteinlegung seines eigenen Verlags, des „Axel Springer Verlags“, im Jahr 1946 erhält. Den anfangs glühenden Antinazismus seines Protagonisten begründet Schwarz eher unbeholfen mit der starken Bindung an die Mutter, von der er „psychisch abhängig“ gewesen sein soll.

In seiner Darstellung, die sich manchmal in historischen Einzel-

heiten verliert, bleibt der Autor seinem Konzept der schizophrenen Kontrastierung Springers treu: Dem „Angestellten der Firma Deutschland“ (S. 162) und Anti-Nazi wird der auflagegieriger Verleger gegenüber gestellt, der auch Ex-Nazis in seinen Redaktionen beschäftigt. Auf der einen Seite das unbedingte calvinistische Leistungsethos eines „Mammutverlegers“, auf der anderen der „Poet und Träumer“ (S. 126). Blattmacherisches Genie gegen neureichen Größenwahn, ein öffentlicher Moralapostel und ein privater „Casanova“. Die Liste ließe sich lange fortsetzen.

Der Verfasser betont, Springers Leben sei nur unter Einbezug des politischen Zeitgeschehens zu verstehen. So ist der Hauptteil der Biografie auch dem „roten Jahrzehnt“ von 1967 bis 1977 gewidmet: Die APO und die Studentenbewegung, die Krawalle und die Parole „Enteignet Springer“ bringen den „Gröfaz“, den „größten Verleger aller Zeiten“ (S. 217), wie er sich selbstironisch nennen ließ, in eine Sinnkrise, die ihn beinahe alles verkaufen lässt. „Ich hasse meinen Beruf“ (S. 484), rief er damals angesichts der ihm zuwiderlaufenden Ostverträge der Regierung Brandt sowie der allgemeinen Forderung nach redaktioneller Mitbestimmung aus.

So kristallisiert sich das Bild von einem realpolitischen Träumer heraus – Axel Springer forderte stets die Aufnahme Israels in die NATO und versuchte vergeblich, Chruschtschow bei einem Besuch in Moskau von der Wiedervereinigung zu überzeugen. Auf der anderen Seite billigt Schwarz ihm die Rolle eines Visionärs zu, der den internationalen Terrorismus bereits in den achtziger Jahren als neue Gefahr kommen sah und die Wiedervereinigung nie auf-

gab. Die spätere Geschichte sollte Springer posthum Recht geben.

Der Axel Springer Verlag war keine One-Man-Show. Der schillern-de Hitzkopf Springer wäre wohl, wie er selbst einmal sagte, Pleite gegangen, wenn nicht immer jemand auf ihn aufgepasst hätte. Schwarz stellt in seinem Porträt auch den „inner circle“ um den Großverleger eindrucklich dar. Denn ohne seine Mentoren und Manager, allen voran seine fünfte und letzte Frau Friede Springer, aber auch Christian Kracht, Karl Andreas Voss, Peter Tamm, Eduard Rhein und viele mehr, hätte es dieser Verleger nicht zur „größten Pressemacht, die es je in Europa gab“ (S. 300) – so Gerd Bucerius – gebracht.

Hans-Peter Schwarz ist der erste Biograf, der für seine Darstellung die Archive des Springer-Verlags sowie von Friede Springer nutzen durfte. In seiner dreijährigen Arbeit an dem Buch hat er einiges Überraschende ans Licht befördert – so zum Beispiel, wie Axel Springer Ende der siebziger Jahre die „Welt“ an die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ verkaufen wollte oder den gesamten Konzern während der Studentenunruhen 1968. Gleichzeitig ist er durch diese Archive wohl – wie Soziologen sagen – der Gefahr des „going native“ erlegen. So bezeichnet er Springer als „Siegfriedsgestalt“, „König Midas“, „Götterliebbling“ oder „Freiheitsapostel“.

Sicher sind diese Etiketten auch teilweise ironisch zu sehen, wie insgesamt das Buch manchmal ironisch oder flapsig, dann wieder essayistisch daherkommt. Es bleibt jedoch der Beigeschmack der Parteinahme, wie auch bereits bei Schwarz' großer Adenauer-Biografie. Der Autor geht eher wenig auf Springers Privatleben ein. Aber gerade hier gäbe

es doch interessante Einblicke. Beispielsweise als Springer sich Ende der siebziger Jahre von seinem Verlag entfremdete und ein eher eskapistisches Leben, beseelt von einem widersprüchlichen eschatologischen Protestantismus und einem eher zeitfeindlichen Kunstgeschmack, in seiner Villa zu Falkenstein führte.

Im Vergleich zu anderen Springer-Biografien, zum Beispiel der polemischen Darstellung Hans-Dieter Müllers über den „Springer-Konzern“ oder Michael Jürgs effekt-hascherischem Porträt „Der Fall Axel Springer“, ist das Buch von Schwarz die umfassendste, ausführlichste und gründlichste Studie über diesen Verleger (der Anmerkungs-teil umfasst 52 Seiten). Aber das darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass auch dieser Autor den Mythos um Axel Springer und seinen Erfolg nicht enträtseln kann. Er ist wohl, wie die meisten, die in ihrem Leben mit Springer zu tun hatten, seinem Charme erlegen.

Philipp Obergassner, Eichstätt

Michael Seufert: Der Skandal um die Hitler-Tagebücher. Frankfurt am Main: Scherz Verlag 2008, 320 Seiten, 14,90 Euro.

Das Drehbuch könnte unglaublicher nicht sein. Die Protagonisten: ein Journalist mit Nazi-Tick und ein Fälscher mit dem richtigen Riecher. In den Nebenrollen: die großen Tiere eines renommierten deutschen Verlagshauses. Der Stoff: die Tagebücher Hitlers kombiniert mit Geldgier, Machthunger und Ehrgeiz. Die meisten Regisseure hätten den Stoff wohl als zu realitätsfern abgelehnt. Autor dieser Tragikomödie war jedoch das Leben.

Anfang der achtziger Jahre erlebte die Bundesrepublik ihren größten Presseskandal: Die Zeitschrift „Stern“ veröffentlichte die Tagebücher des Adolf Hitler – nur wenige Tage später entpuppte sich der vermeintliche Jahrhundertfund allerdings als Fälschung. Der Skandal ging um die Welt, der „Stern“ verlor seine Glaubwürdigkeit auf einen Schlag. Wie konnte es dazu kommen?

Michael Seufert war zum Zeitpunkt des Skandals Redakteur beim „Stern“ und zuständig für die Aufklärung der Affäre. Der renommierte Journalist, zuletzt stellvertretender Chefredakteur des Magazins, hat seine Erkenntnisse nun in dem Buch „Der Skandal um die Hitler-Tagebücher“ niedergeschrieben.

Im Gegensatz zu bisher erschienenen Werken, wie Erich Kubys „Der Fall Stern und die Folgen“, schreibt Seufert nicht mit dem Ziel der Abrechnung. Unvoreingenommen, aber schonungslos packt er das Thema an – wie wohl vor 25 Jahren auch, als er mit der Recherche begann. Damals im Jahr 1983, als Henri Nannen ihn mit den Worten „Klären Sie die Sache auf, ohne Ansehen der Person“ (S. 271) losschickte, den Ruf des „Stern“ ein Stück weit sauber zu waschen.

Seufert ist kein klassischer Sachbuch-Autor, arbeitet komplett ohne Fußnoten und Verweise. Das würde auch zur Thematik nicht passen, schließlich bemerkte Henri Nannen „Die Geschichte ist wahrhaft nicht ohne peinliche Komik“ (S. 294) und „es war ein Psycho-Krimi“. So ist Seufert vielmehr ein Detektiv, der den Leser mitnimmt auf seine Recherchereise. Schritt für Schritt erschließt sich die Groteske um die Hitler-Tagebücher.

Anders als seine Kollegen damals hat Seufert sorgfältig recherchiert. Er weiß detailreich über alle Beteiligten zu berichten, zeichnet Persönlichkeiten wie den Fälscher Kujau und den Spürhund Gerd Heidemann glaubhaft nach. Die Fülle an Details erstickt den Leser nur auf den ersten Blick. Selbst vermeintliche Kleinigkeiten, wie Heidemanns Suche nach Martin Bormann, machen am Ende Sinn. Die akribisch gesammelten Puzzleteile ergeben ein nachvollziehbares Gesamtbild – auch wenn die Ereignisse unglaublich und grotesk bleiben.

Durch seine minutiösen Protokolle bricht der Autor die Bunkermentalität der damaligen Verantwortlichen auf. Oft zitiert er Originaldokumente, wie die Verträge zwischen Verlagsleitung und Reporter Heidemann. Das stört gelegentlich den Lesefluss, illustriert aber dafür die Abstrusität des Geschehens. Seine Schilderungen unterbricht der Autor immer wieder mit einer Zwischenbilanz. Er bewertet das Geschehen, ordnet es ein, kritisiert und zeigt mögliche Lösungswege auf.

Vor allem aber bemüht sich Seufert zu erklären, wie außergewöhnlich ein solches Vorgehen bei seinem Qualitätsblatt war: „Normal und beim ‚Stern‘ hundertfach praktiziert wäre es gewesen, den Informanten des brisanten Stoffes zu überprüfen“ (S. 101). Man hat den Eindruck, er verteidigt mit Vehemenz die Ehre des Blattes. Angesichts seines beruflichen Hintergrunds ist das ja auch nicht verwunderlich. Mangelnde Objektivität lässt sich Seufert indes nicht anlasten – er sucht nicht den einen Schuldigen, sondern klärt diffizil auf, wer wo was versäumt und falsch gemacht hat.

Seine Sprache ist klar und verständlich, meist mit einem Hauch Süffisanz: „Wäre es jetzt nicht endlich an der Zeit, Heidemann einmal den Puls zu fühlen?“ (S.199). An der Schwelle zum Besserwissertum schafft er es, die Balance zu halten. Seufert zeichnet die Beteiligten des Skandals nicht schwarz und weiß, sondern mit Zwischentönen. Seine Recherchefragen stellt er offen und bietet so einen roten Faden an, den der Leser dankbar ergreift – gerade wenn sich die Ereignisse zwischen März und Mai 1983 überschlagen.

Als Ursachen des journalistischen Super-GAU sieht der Autor die Geldgier, die mangelnde Zusammenarbeit zwischen Verlag und Redaktion und natürlich die persönlichen Schwächen. Wenig beachtet dagegen lässt er die politischen Ambitionen, die von Verschwörungstheoretikern angesprochen werden. Stand das linksliberale Blatt dank einflussreicher Altnazis vor einem Rechtsruck? Die Frage bleibt offen und wird mit dem Sechs-Tage-Krieg der Redaktion nur angerissen.

Alle anderen Fragen werden dafür umfassend beantwortet – auch wenn die Wahrheit nicht befriedigt. Zwar sind die Verantwortlichen heute nicht mehr beim „Stern“ tätig, dafür aber bei anderen Medien untergekommen. Daher ist Seuferts flammendes Plädoyer im Epilog für „exakte Recherche und kritische Bewertung“ nur zu gut zu verstehen. Er hat ein Mahnmal für Qualitätsjournalismus geschaffen. Sein Buch ist ein Dokument der Zeitgeschichte, so spannend zu lesen wie ein Krimi und allemal informativer als jedes gefälschte Hitler-Tagebuch.

Petra Hemmelmann, Eichstätt